

30.04.2018

Kleine Anfrage 1018

der Abgeordneten Arndt Klocke, Josefine Paul und Mehrdad Mostofizadeh
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

PrEP – Wird die Landesregierung die Potentiale zur Senkung der HIV-Neuinfektionen nutzen?

Die Zahl der HIV-Neuinfektionen in Deutschland ist weitgehend konstant. Im Jahr 2016 infizierten sich laut Robert-Koch-Institut wie im Jahr 2015 rund 3.100 Menschen mit HIV. Auf NRW entfielen Neuinfektionen bei 510 Männer und 130 Frauen. In NRW - wie bundesweit - war dabei Sex zwischen Männern der häufigste Infektionsweg: Etwa 430 Männer steckten sich so an.

Im europäischen Vergleich hat Deutschland damit weiterhin eine geringe Zahl von Neuinfektionen, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten weitgehend konstant gezeigt hat. Wichtiges Ziel aller gesundheitspolitischen Akteure ist dabei, die Zahl der Neuinfektionen auf Basis des heutigen Niveaus nachhaltig zu senken.

Das Robert-Koch-Institut benennt in seinem epidemiologischen Bulletin im Abschnitt Handlungsempfehlungen mehrere mögliche Maßnahmen, die HIV-Infektionen verhindern könnten. Dazu gehört neben der Einführung des HIV-Selbsttests sowie einem verbesserter Zugang zu medizinischer Behandlung für Menschen ohne Papiere beziehungsweise EU-Bürger ohne Krankenversicherung neuerdings auch die medikamentöse HIV-Prophylaxe PrEP.

PrEP steht als Abkürzung für Präexpositionsprophylaxe. Bei einer PrEP nehmen HIV-negative Menschen ein HIV-Medikament vorbeugend ein, um sich vor einer Ansteckung mit HIV zu schützen. In Deutschland ist die PrEP seit Oktober 2016 zugelassen, seit Herbst 2017 in Apotheken erhältlich, die Kosten werden aber nicht übernommen.

Die PrEP ist eine effektive und kosteneffiziente Strategie zur HIV-Prävention bei MSM in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Analyse der Universitäten Rotterdam und Duisburg-Essen. Demzufolge können durch die PrEP bis 2030 geschätzt 8.900 HIV-Infektionen in Deutschland verhindert werden. Auch lassen sich im Ausland, wie beispielsweise in London und New York, bereits substanzielle Senkungen der HIV-Neuinfektionen beobachten.

Datum des Originals: 26.04.2018/Ausgegeben: 30.04.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

2015 belegten die PrEP-Studien „Ipergay“ und „PROUD“ bei schwulen Männern eine Senkung des HIV-Übertragungsrisikos von 86 Prozent. Das heißt: In der Gruppe der Männer, die die PrEP einnahmen, gab es nur gut ein Zehntel der Infektionen, die es sonst ohne PrEP gäbe. Sie hat somit eine ähnlich gute Schutzwirkung gegen HIV wie Kondome. Klar bleibt dabei: PrEP bietet dabei keinen Schutz vor anderen Sexuell Übertragbaren Krankheiten (STI) wie Syphilis, Tripper, Chlamydien und andere Infektionen.

Was Menschen vor einer HIV-Infektion bewahren kann und wirkt, sollte unter adäquater medizinischer Information und Betreuung auch zum Einsatz kommen können. Im Gegensatz zu den meisten anderen STIs ist HIV bis heute eine chronische und nicht heilbare Infektion. Da es allerdings keine Einbindung in eine gesundheitspolitische Präventionsstrategie gibt, wird es Menschen geben, die auf eigene Faust eine PrEP durchführen und damit erhebliche Risiken eingehen. Auch bliebe in diesem Falle ein erhebliches Potential zur Senkung der Neuinfektionen im erfolgsversprechenden Dreiklang Kondom, PrEP und Schutz durch Therapie ungenutzt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welches Wirkungspotential sieht die Landesregierung in PrEP als Baustein einer modernen Präventionsstrategie gegen HIV-Neuinfektionen?
2. Mit welchen politischen Maßnahmen wird die Landesregierung Zugangshemmnisse abbauen um somit die Potentiale des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung zu nutzen?
3. Wie stellt die Landesregierung mittels einer Konzeption sicher über die Möglichkeiten und Chancen des Einsatzes von PrEP zu informieren, indem unter anderem die Qualität der Kommunalen HIV-Netzwerke in NRW gesichert und eine qualifizierte Fort- und Weiterbildung der Ärztinnen und Ärzte künftig ermöglicht wird?
4. Welche besonderen Maßnahmen plant die Landesregierung im Bereich der STI-Diagnostik und –Behandlung?
5. Plant die Landesregierung sich analog dem Bundesland Berlin an dem Programm „Fast-Track-Cities“ der Vereinten Nationen zu beteiligen?

Arndt Klocke
Josefine Paul
Mehrdad Mostofizadeh